



95 Milliarden Euro mehr für Verteidigung: Warum daraus kein Wirtschaftswunder wird

Michael Fiedler

Deutschland fährt seine Verteidigungsausgaben massiv hoch. Allein zwischen 2026 und 2030 kommen nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft rund 95 Milliarden Euro gegenüber den jeweiligen Vorjahren hinzu. Das stützt kurzfristig Konjunktur und Investitionen – doch der Wachstumseffekt verpufft schnell. Zurück bleiben vor allem höhere Staatsschulden.

Zwischen 2026 und 2030 plant der Bund nach Berechnungen des Instituts zusätzliche Verteidigungsausgaben von insgesamt rund 95 Milliarden Euro, wenn die Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr addiert werden. Die Wirtschaftsleistung reagiert darauf zunächst durchaus: 2026 liegt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Simulation zufolge um 0,7 Prozent höher als ohne die zusätzlichen Ausgaben, 2027 beträgt der Effekt 0,9 Prozent. Danach verliert der Impuls allerdings an Kraft.

95 Milliarden Euro Ausgaben bringen 96 Milliarden Euro zusätzliches BIP

Bis 2030 summiert sich der zusätzliche BIP-Effekt nach der auf dem Global Economic Model von Oxford Economics basierenden IW-Simulation auf gut 96 Milliarden Euro. Damit steht jedem zusätzlich ausgegebenen Euro nur etwas mehr als ein Euro zusätzliche Wirtschaftsleistung gegenüber. Gerade im Vergleich mit klassischen Investitionen ist das relevant. Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen können

über verbesserte Verkehrswege, Energieversorgung oder Digitalisierung längerfristig die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft erhöhen. Bei Verteidigungsausgaben fallen solche positiven Folgeeffekte nach der IW-Modellierung wesentlich geringer aus. Die zusätzlichen Milliarden erzeugen damit zwar Nachfrage und wirtschaftliche Aktivität. Ein sich selbst verstärkender Wachstumsprozess entsteht daraus jedoch nicht.

Investitionen springen an – aber nur kurzfristig

Auch bei den Unternehmensinvestitionen ist zunächst ein Effekt erkennbar. 2027 liegen diese laut IW gut drei Prozent über dem Niveau des Basisszenarios ohne die zusätzlichen Verteidigungsausgaben. Anschließend schwächt sich auch dieser Effekt wieder ab. Eine Möglichkeit für länger anhaltende Wachstumswirkungen sieht das Institut in Innovationen, die zunächst für militärische Zwecke entwickelt werden und anschließend

in die zivile Wirtschaft ausstrahlen. Solche sogenannten Spillover-Effekte könnten die Produktivität auch außerhalb der Verteidigungsindustrie erhöhen. Deutschland nutzt dieses Potenzial bislang allerdings nur begrenzt. Nach IW-Angaben flossen 2025 lediglich rund zwei Prozent der deutschen Verteidigungsausgaben in Forschung und Entwicklung. In den USA waren es demnach 16 Prozent. Damit fehlt ein Mechanismus, über den hohe Verteidigungsausgaben stärker in technologischen Fortschritt und langfristiges Produktivitätswachstum übersetzt werden könnten.

Die Rüstungsindustrie kann die Gesamtwirtschaft nicht tragen

Hinzu kommt die Größe der Branche selbst. „Panzer sind nicht die neuen Autos für die deutsche Wirtschaft“, sagt IW-Experte Klaus-Heiner Röhl. Die Verteidigungsindustrie wachse zwar derzeit stark, sei aber zu klein, um einen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung zu tragen. Damit schließt die neue Analyse an ein Problem an, das sich bereits auf der Produktionsseite zeigt. Die steigende Nachfrage trifft auf eine Industrie, die ihre Kapazitäten nicht beliebig schnell ausweiten kann. [Analysen zur deutschen Rüstungsindustrie verweisen unter anderem auf begrenzte Produktionskapazitäten, komplexe Lieferketten und lange Investitionszyklen](#). Regional können die höheren Ausgaben dennoch erhebliche Wirkungen entfalten – insbesondere dort, wo Rüstungsunternehmen und ihre Zulieferer konzentriert sind. Einen vergleichbaren Wachstumsschub für die gesamte deutsche Wirtschaft erwartet das IW jedoch nicht.

64 Milliarden Euro zusätzliche Schulden bis 2030

Während der Wachstumseffekt mit der Zeit nachlässt, bleibt die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben bestehen. Der Bund nutzt für höhere Verteidigungsausgaben eine Ausnahme von der Schuldenbremse. Bereits 2026 liegt die nominale Staatsverschuldung in der IW-Simulation 0,5 Prozent über dem Basisszenario. Bis Ende 2030 summiert sich der zusätzliche Schuldenstand auf rund 64 Milliarden Euro. Damit entsteht ein zunehmendes Missverhältnis: Die konjunkturelle Wirkung der Ausgaben wird schwächer, während die zusätzlich aufgenommenen Schulden bestehen bleiben und finanziert werden müssen. Besonders problematisch würde dies, wenn die angenommenen Wachstumseffekte geringer ausfallen als erwartet. Dann stünden höheren Schulden entsprechend weniger zusätzliche Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen gegenüber. Das IW sieht in einem solchen

Szenario langfristig auch Risiken für die Spitzenbonität Deutschlands. Höhere Finanzierungskosten könnten die Belastung des Bundeshaushalts zusätzlich verstärken.

Die Finanzierungsfrage bleibt

Damit rückt erneut die Frage in den Vordergrund, wie dauerhaft höhere Verteidigungsausgaben finanziert werden sollen. Bereits frühere Analysen warnten davor, die neue [Verschuldungsmöglichkeit für Verteidigung zu einer dauerhaften Finanzierungsquelle werden zu lassen](#). Auch Röhl unterscheidet zwischen dem derzeitigen Nachholbedarf und der langfristigen Finanzierung. Zunächst müsse die Bundeswehr ihre materiellen Defizite ausgleichen. Anschließend sollten die laufenden Verteidigungsausgaben nach Einschätzung des IW-Ökonomen jedoch wieder aus dem regulären Bundeshaushalt finanziert werden.

Sicherheitspolitische Notwendigkeit ist kein Wachstumsprogramm

Die IW-Simulation beantwortet damit ausdrücklich nicht die Frage, ob Deutschland mehr für Verteidigung ausgeben sollte. Die sicherheitspolitische Notwendigkeit solcher Ausgaben ist von ihrer volkswirtschaftlichen Rendite zu unterscheiden. Genau darin liegt der entscheidende Befund. Höhere Verteidigungsausgaben können kurzfristig Nachfrage, Produktion und Investitionen anregen. Sie können regional erhebliche wirtschaftliche Effekte entfalten und über militärische Forschung unter bestimmten Voraussetzungen auch technologische Innovationen hervorbringen. Aus den derzeit geplanten zusätzlichen Ausgaben entsteht nach den Berechnungen des IW jedoch kein neuer gesamtwirtschaftlicher Wachstumsmotor. Die Rechnung bis 2030 bringt diese Größenordnung besonders deutlich auf den Punkt: Rund 95 Milliarden Euro zusätzliche Verteidigungsausgaben stehen gut 96 Milliarden Euro zusätzlicher Wirtschaftsleistung gegenüber – und einem um rund 64 Milliarden Euro höheren Schuldenstand.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4951449/95-Milliarden-Euro-mehr-fuer-Verteidigung-Warum-daraus-kein-Wirtschaftswunder-wird/>